die privaten Raumfahrtpioniere. „Der Transport von wissenschaftlichen Experimenten wird mittelfristig wohl ein größerer Markt sein als der von Personen“, sagt George Whitesides, Chef von Virgin Galactic, einer Tochterfirma des britischen Milliardärs und Abenteurers Richard Branson.

Schon seit vergangenem Jahr fliegt Virgin Galactic Testflüge, die bald bis an die Grenze zum Weltraum führen sollen. Virgin hat dafür einen eigenen Raumgleiter entwickelt, der bis zu sechs Passagiere transportieren kann. Für derzeit rund 200 000 Dollar pro Ticket. 450 feste Buchungen gebe es schon sowie Anzahlungen in Höhe von 55 Millionen Dollar, sagt Whitesides.

Dabei steht noch nicht einmal genau fest, wann der erste Flug ins All starten soll. Wahrscheinlich 2013.

Schon fast fertig ist dagegen der eigene Weltraumbahnhof, den Virgin in der Wüste von New Mexico baut – designt von Stararchitekt Sir Norman Foster.

Noch fliegt Virgin seine Tests in der Mojave-Wüste, rund zwei Autostunden nördlich von Los Angeles. An diesem Morgen im Juni landet das SpaceShipTwo gerade sicher nach seinem 13. Testflug. Der knapp 20 Meter lange, weiße Raumgleiter wirkt eher wie ein aufgemotzter Privatjet, nur die hochgezogenen Flügel deuten darauf hin, dass die Maschine weit mehr kann: Von einem speziellen Transportflugzeug bis auf 15 Kilometer Höhe gebracht, soll das SpaceShipTwo sein Raketentriebwerk zünden, auf 4200 Kilometer pro Stunde beschleunigen, die Passagiere so auf über 100 Kilometer Höhe schießen und ihnen damit fünf Minuten Schwerelosigkeit bieten. Die Tests sind bislang gut verlaufen, sagt Whitesides, das Raketentriebwerk werde im Laufe des Jahres das erste Mal zum Einsatz kommen.

Gleichzeitig kooperiert Virgin mit einem weiteren Raumfahrtneuling, der Sierra Nevada Corporation. Deren „Dream Chaser“ soll es bis in die Erdumlaufbahn schaffen.

„Wir feiern dieses Jahr 50 Jahre bemannte Raumfahrt und haben es geschafft, nur rund 520 Menschen ins All zu bringen“, witzelt Whitesides. „Erbärmlich“ sei das. Virgin wolle schon in den ersten Jahren mehr Menschen in den Weltraum schießen.

Aber glaubt das Unternehmen wirklich an eine Zukunft jenseits einer Nische? „Irgendwo müssen wir ja anfangen“, sagt Whitesides. In den Gründungsjahren der kommerziellen Luftfahrt sei es nicht anders gewesen. „Auch damals hieß es, das sei nur etwas für Millionäre.“

Am Ende sei es wie mit jedem neuen, noch unbekannten Markt: „ein Glücksspiel“. Ausgang: offen.

Philip Bethge, Thomas Schulz

ARMIN BROSCH / DER SPIEGEL

Allianz-Vorstandschef Diekmann, griechische Insel Mykonos: *„Wir können uns nicht leisten,*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Das Land hat eine Chance“

Allianz-Chef Michael Diekmann über den Beitrag privater Gläubiger am neuen Hilfsprogramm für Griechenland und seine eigenen Pläne für eine langfristige Lösung

Diekmann, 56, ist seit acht Jahren Vorstandschef des Münchner Versicherungskonzerns Allianz. Er strebt dieses Jahr mit Europas größtem Versicherer einen Gewinn von 8,5 Milliarden Euro an.

SPIEGEL: Herr Diekmann, die Finanzindustrie ist bereit, einen Beitrag zum neuen Hilfspaket für Griechenland zu leisten. Wie freiwillig ist dieser Beitrag denn?

Diekmann: Er muss so freiwillig sein, dass die Rating-Agenturen und die Wirtschaftsprüfer das akzeptieren. Handelt es sich nicht um einen freiwilligen Beitrag, kann es zu massiven Abschreibungen auf das gesamte Griechenland-Portfolio kommen. Dann reden wir nicht nur von den Tranchen 2011 bis 2014 …

SPIEGEL: … die im aktuellen Hilfspaket umgeschuldet werden müssen. Der Beitrag des privaten Finanzsektors soll bei zwei Milliarden Euro liegen. Um welchen Betrag geht es dabei bei der Allianz?

Diekmann: Wir sprechen über eine Finanzierungszusage der Allianz-Gruppe bis 2014 von rund 300 Millionen Euro.

SPIEGEL: Welcher Konzernchef rückt denn wirklich freiwillig Geld heraus?

Diekmann: Freiwillig dürfen Sie das nur, wenn Ihre Forderungen hinterher qualitativ besser abgesichert sind, als es vorher der Fall war.

SPIEGEL: Und das sind sie künftig?

Diekmann: Man könnte sagen, dass jeder Beitrag, der die Gesamtsituation entschärft, für sich schon eine Qualitätsverbesserung ist. So weit würde ich aber nicht gehen. Wir tragen ja eine Verantwortung, schließlich setzen wir nicht unser eigenes Geld ein, sondern das Geld unserer Versicherten. Deshalb muss es eine realistische Chance geben, dass das Geld auch zurückgezahlt wird.

SPIEGEL: Und wenn das schiefgeht, haftet der Steuerzahler?

Diekmann: In der Situation sind wir jetzt. Im Moment würde kein privater institutioneller Anleger Geld in Griechenland investieren, weil das Land auf einem Schuldenberg sitzt, der nicht kleiner, sondern größer wird. Zudem sinkt die Wirtschaftsleistung. Deshalb werden die Schulden bei der Europäischen Zentralbank abgeladen oder bei Institutionen, die vom Steuerzahler finanziert werden. Das müssen wir ändern.

SPIEGEL: Wie soll das gehen?

Diekmann: Wir haben dazu einen Vorschlag gemacht. Ein Teil des Geldes, der für den Euro-Rettungsmechanismus vorgesehen

THE TRAVEL LIBRARY / INTERFOTO

dass die Währungsunion auseinanderbricht“

ist, soll für die Schaffung eines Anleiheversicherers verwendet werden. Der sichert die Anleihen bis zu einem Nennwert von beispielsweise 90 Prozent ab. Investoren erhalten so Klarheit über den maximal möglichen Verlust, nämlich zehn Prozent. Dann können die betroffenen Staaten zu vernünftigen Zinsen wieder an den Kapitalmarkt zurückkehren …

SPIEGEL: … weil es für die Rückzahlung ihrer Schulden eine Art Staatsgarantie gibt.

Diekmann: Ja, aber eine mit Selbstbeteiligung. Der private Sektor hat ein Ausfallrisiko von – je nach Ausgestaltung – 10 bis 20 Prozent. Entscheidend ist doch: Aus der jetzigen Situation können sich die Griechen aus eigener Kraft nicht befreien. Es gibt nur drei Möglichkeiten. Entweder wir lassen das Land kollabieren. Das wollen alle Marktteilnehmer nicht, weil die Konsequenzen ziemlich fatal sein könnten. Zweite Möglichkeit: Wir lassen den Steuerzahler alles bezahlen. Oder wir ermöglichen es Griechenland, sich wieder auf dem Kapitalmarkt Geld zu besorgen. Das ist sicher die nachhaltigere Lösung. Aber dafür brauchen die Gläubiger ein gewisses Sicherheitsnetz, sonst wäre der Kauf von griechischen Staatsanleihen reine Spekulation.

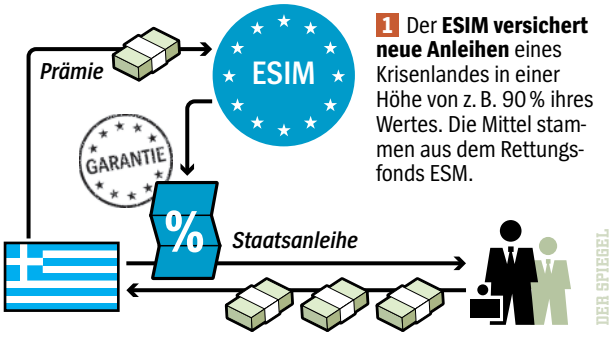
SPIEGEL: Bisher haben die ganzen Hilfspakete und Rettungsschirme das Problem immer nur weiter verschoben und nie wirklich gelöst. Zuerst waren die Banken in Gefahr, dann drohten komplette Staaten zu kollabieren. Und was kommt dann?

Diekmann: Nichts. Deshalb müssen wir die Probleme innerhalb dieses Systems lösen. Und deshalb sind die ganzen Diskussionen über mögliche Alternativen zwar interessant, aber nicht realistisch.

SPIEGEL: Möglicherweise sind die Probleme aber innerhalb dieses Systems gar nicht zu lösen, weil die Staatsschulden inzwischen so gewaltige Dimensionen angenommen haben.

Vom Zahler zum Versicherer

Bisher gewähren IWF und Euro-Länder den Krisenländern Hilfskredite, um deren Pleite zu verhindern, und bürgen mit hohen Summen gegen Zahlungsausfälle. Dennoch sind die Zinsen für die betroffenen Länder weiter gestiegen, die Platzierung neuer Anleihen am Markt bleibt schwierig. Die Allianz schlägt stattdessen einen **Mechanismus zur Versicherung von Anleihen (ESIM)** vor:



1 Der **ESIM versichert neue Anleihen** eines Krisenlandes in einer Höhe von z. B. 90 % ihres Wertes. Die Mittel stammen aus dem Rettungsfonds ESM.

2 Das Land zahlt dem ESIM eine **Prämie**.

3 **Investoren** erhalten Klarheit über den maximal möglichen Verlust (z. B. 10 %). Dadurch entsteht Vertrauen, das Land hat wieder Zugang zu den Kapitalmärkten. Alte Anleihen können in ESIM-garantierte Papiere umtauscht werden.

Das Geld aus dem Rettungsschirm könnte so eine größere Wirkung entfalten. Das Hauptrisiko liegt beim ESIM und damit bei den Euro-Ländern.

Diekmann: Wenn man zu dieser Erkenntnis käme, wären wir wirklich verloren. Aber das sind wir nicht. Das Problem ist sehr groß, wir alle haben dazu beigetragen. Immerhin haben wir ja tüchtig exportiert nach Griechenland. Es war offensichtlich genug Geld vorhanden. Jetzt müssen wird dieses Problem konstruktiv lösen.

SPIEGEL: Wie passt es zu einem solch konstruktiven Verhalten, dass die Allianz über die Hälfte der griechischen Staatsanleihen, die sie vor einem Jahr besaß, inzwischen abgestoßen hat? Sie hatten doch der Bundesregierung versprochen, diese Papiere zu halten?

Diekmann: Wir haben uns hundertprozentig an die Absprachen gehalten, obwohl die Voraussetzungen für diese Absprache gar nicht mehr bestanden. Zum Beispiel sollte diese Vereinbarung im europäischen Geleitzug erfolgen. Außer den Franzosen hat jedoch keiner mitgemacht.

SPIEGEL: Tatsache ist: Die Allianz besitzt griechische Staatsanleihen im Wert von 1,3 Milliarden Euro, ein Jahr zuvor waren es noch 3,3 Milliarden.

Diekmann: Die Absprache galt nicht für das gesamte Portfolio. Zudem ging es darum, die Anleihen nicht in einen fallenden Markt hinein zu verkaufen. Wir haben damals allerdings unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass das nur geht, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist.

SPIEGEL: Es bleibt der Eindruck: In Zeitungsanzeigen fordern Sie die Rettung des Euro um nahezu jeden Preis – und durch die Hintertür verabschieden sie sich von Ihren Griechenland-Anleihen.

Diekmann: Noch einmal: Wir haben uns an die Absprachen gehalten. Und wir sind auch jetzt bereit, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Die deutsche Wirtschaft ist einer der Hauptprofiteure des Euro. Wir können es uns nicht leisten, dass die Währungsunion auseinanderbricht.

SPIEGEL: Haben die Griechen trotz Ihres Beitrages und der neuen Hilfen überhaupt eine Chance?

Diekmann: Wir müssen unterscheiden zwischen kurz- und langfristigen Maßnahmen. Was jetzt beschlossen wird, ist nicht die langfristige Lösung des Problems. Jetzt muss man sich hinsetzen und überlegen: Was muss denn eigentlich zusätzlich passieren neben all den geplanten Einsparungen? Dass ein Land einen so großen öffentlichen Sektor hat, ist ungewöhnlich und muss sicherlich nicht sein. Aber das Land darf sich nicht zu Tode sparen. Es muss Anreize schaffen

PETER HILZ / HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

Banker in der Londoner City: *„Wir brauchen ein gewisses Sicherheitsnetz“*

für Investitionen. Das Schlimmste ist, wenn die Griechen selbst nicht investieren, weil sie nicht an die Zukunft ihres Landes glauben.

SPIEGEL: Ihr Kollege Mohamed El-Erian, Chef der kalifornischen Allianz-Tochter Pimco, ist der Meinung, dass die Schulden Griechenlands unter 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken müssen, sonst habe das Land keine Chance. Teilen Sie seine Meinung?

Diekmann: Natürlich wäre es leichter, wenn die Schuldenlast geringer wäre. Aber selbst wenn Sie die halbieren würden, wäre das eigentliche Problem Griechenlands noch nicht gelöst: Das Land hat Kredite hereingeholt, die mehr in den Konsum gegangen sind als in die Investition. Diese Mentalität muss sich verändern. Und man muss den Griechen mehr Zeit geben. Man kann das Reformprogramm nicht mit Brachialgewalt durchziehen.

SPIEGEL: Wie soll die griechische Wirtschaft ohne ein drastisches Sparprogramm wieder wettbewerbsfähig werden? Der Weg über eine Abwertung ist in einer Währungsunion ja nicht möglich.

Diekmann: Es gibt noch einen dritten Weg. Und der führt über Investitionen in die Infrastruktur und die Ausbildung der Menschen. Der US-Bundesstaat Florida war auch nicht gerade ein dynamisches Wirtschaftsland, aber irgendwann entdeckten die älteren Amerikaner die Vorzüge des Staates, dann folgten gutausgebildete junge. Heute ist Florida einer der vitalsten Staaten der USA. Die haben auch nicht abgewertet.

SPIEGEL: Auch in Deutschland ist es trotz Milliardenhilfen an unterentwickelte Regionen nicht gelungen, überall eine dynamische Wirtschaft aufzubauen.

Diekmann: Strukturen können sich verändern. Bayern war auch bis vor gar nicht allzu langer Zeit ein Agrarstaat. Was zeichnet Griechenland aus? Es gibt viel Wasser und viel Sonne. Wir haben in Deutschland viel Geld in die Solarförderung gesteckt, das in Griechenland sicher sehr viel produktiver angelegt wäre …

SPIEGEL: … was aber, abgesehen von den technischen Problemen und dem Problem des Transports, den Investoren zugute käme und nicht den Griechen.

Diekmann: Es würde immerhin Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen. Ich kann hier nicht ein Wirtschaftsprogramm für Griechenland entwickeln. Aber das Land hat eine hohe Lebensqualität, und es hat eine Chance, Menschen und Investitionen anzuziehen. Es gibt Beispiele, wo das gelungen ist. Das braucht aber Zeit. Ich glaube daran, dass das Land die Kraft hat, über Reformen Bedingungen zu schaffen, so dass es attraktiv wird, in diesem Land zu investieren, sowohl für die Griechen als auch für Ausländer.

ARMIN BROSCH / DER SPIEGEL

Diekmann (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Mit Kapuze auf der Autobahn“

SPIEGEL: Und wenn das nicht gelingt?

Diekmann: Dann werden wir einen Dauerpatienten behalten …

SPIEGEL: … der mit immer neuen Hilfsprogrammen künstlich am Leben gehalten wird. Gibt es keinen Plan B, wenn das alles nicht funktioniert?

Diekmann: Sich auf einen Plan B einzulassen, bedeutet, sich eine Kapuze aufzusetzen und mit 200 Stundenkilometern auf der Autobahn zu fahren.

SPIEGEL: Würden die Finanzmärkte wirklich kollabieren, wenn Griechenland keine Hilfe bekäme?

Diekmann: Das kann Ihnen leider niemand genau sagen. Aber es gibt ja sehr ausführliche Beschreibungen, was passieren könnte: wenn dann das griechische Bankensystem zusammenbräche, was das wiederum für Folgen hätte bei den Banken, die an der Refinanzierung der griechischen Banken beteiligt sind. Und was das für die Glaubwürdigkeit der anderen Euro-Länder, die eine schwache Bilanz haben, bedeuten würde. Die wären dann auch total vom Kapitalmarkt abgeschnitten. Ich glaube, es ist richtig, dass wir uns auf dieses Experiment nicht einlassen.

SPIEGEL: Würde wirklich eine Finanzkrise wie nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers drohen?

Diekmann: Ich war bei Lehman Brothers zunächst der Meinung, es sei richtig, dass der Staat nicht hilft, der Markt werde das allein regeln. Dass der Zusammenbruch der Bank so fatale Auswirkungen haben würde, hat bei uns keiner vorhergesehen. Die Auswirkungen einer Insolvenz Griechenlands wären noch größer.

SPIEGEL: Seit Lehman muss der Staat immer wieder aberwitzige Summen aufbringen oder zumindest garantieren, um Banken oder angeschlagene Länder zu retten, weil sonst die Finanzwirtschaft angeblich zusammenbricht. Sind die Politiker nur noch Getriebene, die machen müssen, was die Finanzmärkte diktieren?

Diekmann: Reden Sie mal mit Marktteilnehmern, die sagen Ihnen inzwischen, wie sehr sie von der Politik eingeengt werden. Beide Seiten sind voneinander abhängig. Alle haben davon profitiert, dass die Wirtschaft mit einem sehr hohen Leverage …

SPIEGEL: … also mit sehr wenig Eigenkapital und hohen Krediten …

Diekmann: … finanziert war. Inzwischen haben alle Seiten gemerkt, dass das mit hohen Risiken verbunden war, die wir so nicht mehr eingehen wollen. Aber wir sind noch immer nicht in einem stabilen Umfeld, und das müssen wir den Bürgern auch klarmachen. Die Finanzkrise ist noch nicht vorbei.

SPIEGEL: Herr Diekmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Armin Mahler und Christoph Pauly in München.